

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Unentgeltliche Rechts- pflege im Asylverfahren <i>von Reinhard Wegelin</i> Seite 2	Kanton Zürich Dynamische Ansätze statt lineares Denken <i>von Bernhard im Oberdorf</i> Seite 3	Aktuell Das Referendum gegen das Energiegesetz steht <i>von SVP des Kantons Zürich</i> Seite 4	Parlamentsgemeinden JA zum fairen Parkplatz-Kompromiss <i>von Michele Romagnolo</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Metzgete mit Alt BR Maurer und RR Stocker Seite 8
--	---	---	--	--

NEIN ZUR VERARMUNGS-INITIATIVE

Gegen höhere Preise und Konsumverbote

Die extreme Volksinitiative «Umweltverantwortungsinitiative» der Jungen Grünen verlangt einen massiven Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Umweltbelastung durch den Konsum in der Schweiz müsste innert zehn Jahren um zwei Drittel schrumpfen. Das Volk stimmt am 9. Februar darüber ab.

Die Initiative der Jungen Grünen verlangt, dass die Schweizer Wirtschaft bis in zehn Jahren nur so viel an Ressourcen verbraucht, wie gemäss dem «Konzept der planetaren Grenzen» verträglich sein soll.

Keine exakte Wissenschaft

Das ist bereits die erste Unklarheit im Initiativtext: Wo sind die planetaren Grenzen und wer bestimmt diese? Die Berechnung ist keine exakte Wissenschaft. Es gibt verschiedene Methoden und Blickwinkel. Klar ist aber: Eine Annahme der Initiative würde weder das Klima, geschweige denn den Planeten, retten, sondern einzig die Wirtschaft nachhaltig abwürgen.

Die Initiative hat zudem ein grundsätzliches Problem: Sie legt Nachhaltigkeit einseitig aus. Diese besteht jedoch aus den drei Säulen Umwelt, Soziales und Wirtschaftlichkeit. Alle drei müssen gewährleistet sein, damit der Umweltschutz nicht auf Kosten einzelner Bevölkerungsgruppen geht. Gerade den letzten Punkt – die Wirtschaftlichkeit – erwähnt die Initiative mit keinem Wort. Nur mit Rahmenbedingungen, die

es der Wirtschaft ermöglichen, eine hohe Wertschöpfung zu erzielen, ist es in der ressourcenarmen Schweiz überhaupt möglich, Steuersubstrat zu generieren. Umweltschutz ist nur mit einer starken und innovativen Wirtschaft finanzierbar. Die Initianten sägen also an dem Ast, auf dem sie sitzen.

Der Mensch hat einen Fussabdruck – der grösste Treiber ist das grosse Bevölkerungswachstum, das wir in den vergangenen Jahren hatten. Allein 2023 kamen netto über 140 000 Menschen zusätzlich in unser Land. Täglich werden in der Schweiz sechs Hektaren neue Siedlungsflächen überbaut. Wer also nachhaltig etwas für die Umwelt tun will, unterstützt die Initiative der SVP «Keine 10-Millionen-Schweiz! Nachhaltigkeits-Initiative».

Unsere Bundesverfassung hält die Nachhaltigkeit in Artikel 73 bereits fest. Statt ständig neue Ziele zu definieren, sollten besser konkrete pragmatische Massnahmen vorgeschlagen werden. Die Schweiz hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie in der Lage ist, wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Sie hat ihre industrielle Wertschöpfung seit 1990 mehr als verdoppelt und dabei die Emissionen um fast die Hälfte gesenkt.

NEIN zu höheren Preisen

Zwei Drittel der Umweltbelastung fallen gemäss einer vom Bund in Auftrag gegebenen Studie auf die Bereiche Woh-

nen, Verkehr und Ernährung. Beim Wohnen betrifft dies vor allem die Heizung mit fossilen Brennstoffen, den Stromverbrauch sowie die Umweltkosten beim Gebäudebau. Im Verkehr stehen besonders der auf fossilen Treibstoffen beruhende Strassenverkehr sowie die Luftfahrt im Fokus. Bedeutend bei der Ernährung sind in Sachen Umweltbelastung namentlich Fleisch und andere tierische Produkte. Die Erreichung der Zielsetzung verlangt sehr hohe Transaktionskosten. Die Milch, das Brot und die Bratwurst werden viel teurer. Die Wohn- und Heizkosten steigen ins Unermessliche. Das Benzin wird unbezahlbar. Eine Studie zeigt, dass der potenzielle Benzinpreis bei einer Annahme der Initiative auf mind. 6.92 Franken pro Liter liegen würde.

Der Grossteil der Umweltbelastung durch den Schweizer Konsum beruht ausserdem auf Importen. Eine Reduktion wäre nur durch sehr hohe Lenkungsabgaben oder Verbote zu erreichen. Für die Konsumenten würde das Leben damit massiv teurer, oder die Auswahl säne stark. Wer mehr konsumiert, zahlt entsprechend mehr. Nur spielt es den Reichen keine Rolle, wenn etwas teurer wird. Betroffen wäre einmal mehr der Mittelstand.

Der Verweis der Initianten auf «Konzerne» steht im Widerspruch zum Konzept der Initiative, die Umweltbelastung des Konsums zu senken. Man kann den

NEIN zur Preisexplosion



Verarmungs-Initiative

NEIN!

Die Schweiz beweist seit Jahrzehnten, dass es ohne radikale Massnahmen möglich ist, den ökologischen Fussabdruck stark zu reduzieren und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten. Bild: Allianz «Nein zur Verarmungsinitiative»

Anbietern strengere Vorschriften machen oder die Produktion gewisser Güter ganz verbieten. Das gefährdet einerseits die Arbeitsplätze und andererseits tragen letztlich doch die Konsumenten die Lasten – via höhere Preise und/oder kleinere Auswahl.

NEIN zur Verarmungs-Initiative

Gemäss Daten des Global Footprint Network war 2019 Afrika der einzige Kontinent, dessen Umweltbelastung bei Hochrechnung auf die Weltbevölkerung unterhalb der Belastbarkeitsgrenze des

Planetens lag. Der Grund ist nicht die ökologische Ausrichtung von Afrika, sondern dessen Armut, unter der die Bevölkerung leidet.

Verantwortung übernehmen kann jeder Einzelne mit seinem Konsumverhalten. Kaufen Sie regional, saisonal und bewusst ein; dazu braucht es weder eine Initiative noch ein zusätzliches Gesetz.

Bundesrat und beide Räte lehnen die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Sie ist nicht nur populistisch, sondern auch unklar, utopisch und überhaupt nicht realistisch.



Martin Hübscher
Nationalrat SVP
Bertschikon bei
Wiesendangen



Asylmissbrauch stoppen!

Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!



Hier könnte Ihre Werbung stehen
oder an mehr als 100 anderen Standorten

Blickfänger.ch

Wir unterstützen Sie gerne bei Ihrer Kampagne.

Melden Sie sich bei uns!

info@blickfaenger.ch | 043 499 24 19

**blickfänger.ch**
Auffallend mobil. Auffallend günstig.



Innensicht auf die Tagesschau

Alexander Teske ist seit dreissig Jahren Journalist – zuletzt sechs Jahre bei der «Tagesschau» der zu Ausgewogenheit verpflichteten ARD. In seinem Buch «Inside Tagesschau» zeichnet Teske ein erschütterndes Bild der Information, wie sie zehn Millionen Deutsche täglich konsumieren müssen. Der Autor ist kein «Rechter», sondern bezeichnet sich als «links-liberal», aber dennoch «ergebnis-offen».

Genau diese Ergebnisoffenheit sei bei der «Tagesschau» von der ARD nicht vorhanden. Vielmehr herrscht dort laut Teske «eine bestimmte Sicht auf die Welt». Den achtzig Prozent Grünen-Wählern unter den Mitarbeitern gehe es weniger um die Fakten als um Meinung und Haltung. Bei der Auswahl der Nachrichten werde statt deren Bedeutung deren Wirkung gewichtet. Könnte ein Beitrag über die Kriminalität von Zuwanderern die Ausländerfeindlichkeit fördern? Nützt die Meldung, dass in Deutschland elf Millionen Menschen ohne deutschen Pass leben, womöglich der AfD?

Was nicht ins Weltbild der «Chefs vom Dienst» passt, kommt nicht vor. Etwa der Anstieg der Kindergeldzahlungen ins Ausland um 300 Prozent innert fünf Jahren. Doch als 2018 die Kriminalität in der Bundesrepublik etwas zurückging, musste dies unbedingt auf Sendung. Keine Sekunde verwandte die «Tagesschau» für eine Recherche des bürgerlichen Magazins «Cicero», wonach Strippenzieher im Wirtschafts- und Umweltministerium mit falschen Fakten die Entscheidung zum Atomausstieg manipuliert und die Öffentlichkeit getäuscht haben. Der Skandal führte sogar zu einem Untersuchungsausschuss im Parlament.

Alexander Teske spricht von linken, abgehobenen Vertretern der Medien-Elite. Sie sind festangestellt, gutverdienend, haben studiert, leben privilegiert in Einfamilienhäusern – und haben wenig Ahnung vom Leben der Normalbürger, die den Folgen der Migration ganz anders ausgesetzt sind. Ähnlichkeiten mit den Sendungen des Schweizer Fernsehens SRF sind weder zufällig noch unbeabsichtigt. Auch dort sitzen linksgewickelte Spezialisten, die immer mehr über immer weniger wissen. Bis sie am Ende von nichts alles wissen.

NICHTS AUSSER VORSCHRIFTEN

Umerziehung überall

Ihnen ist sicher auch schon aufgefallen, dass wir von verschiedenen Seiten aufgefordert werden, unseren Lebensstil und unsere Denkweise den Idealen einer bestimmten Gesellschaft anzupassen. Bezeichnend dafür sind linke und grüne Politiker und deren Anhängerschaft. Sie dominieren die beiden Städte Zürich und Winterthur und leiden unter einer Auto- und Parkplatzphobie.



Therese Schläpfer
Alt Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Sie arbeiten oft in der Verwaltung oder in einem Büro und können sich nicht in die Lage der Landbevölkerung versetzen. Wegen der unmittelbaren Nähe zum ÖV sind sie zufrieden mit der Mobilität. Dass es auch Handwerker braucht, die ihre Häuser erstellen und ihnen Dienstleistungen erbringen, blenden sie gerne aus. Diese können nicht mit Material beladen auf das Tram zur Baustelle oder mit dem Werkzeugkasten für

die Reparatur der Waschmaschine den Bus oder das Lastenvelo nehmen.

Bewohner mit Auto unerwünscht

Die Velos werden bevorzugt. In den Städten werden Autospuren zugunsten des Langsamverkehrs abgebaut. Um das Velo schmackhaft zu machen, wurde die Velo-Weltmeisterschaft in der Stadt und Agglomeration Zürich ausgetragen. Der motorisierte Individualverkehr kam zum Erliegen, viele Gewerbebetriebe mussten ihre Tätigkeiten während einer Woche einstellen. Die Verantwortlichen kümmerte der Erwerbsausfall nicht. In der Schweiz hätte es genügend andere attraktive Strecken gegeben, bei welchen die Anwohner weitaus kleinere Opfer hätten erbringen müssen.

Eine weitere Anschwärzung der Autofahrer in Winterthur ist die Schikarnierung der Wohneigentümer mit Parkplätzen. Plant jemand einen Umbau, muss er bestehende Parkplätze zurückbauen. In Zürich und Winterthur werden Genossenschaftswohnungen ohne Parkplätze gebaut. Eine Wohnung gibt es nur mit einem schriftlichen Verzicht auf ein Auto. Es darf auch kein Parkplatz oder eine Parkkarte anderswo gemietet werden.

Solarzwang auch im Schatten

Im Energiebereich werden wir bei Neubauten zum Bau einer PV-Anlage – auch auf der Schattenseite – verpflichtet; sprich, wir werden erzogen, Solaranlagen zu bauen. Da die EKZ im Sommer

an sonnigen Tagen nicht mehr wissen, wohin mit dem Strom, werden die Preise dann negativ. Einspeisungen von Solardächern sollen keine Rückzahlungen mehr bekommen. Man könnte dann ja (wie in Deutschland im Sommer) die Weichen der Bahn damit heizen.

Genderwahn und Lebensmittelvorschriften

Betrachten wir die Schulen und die Bildung. Unsere Kinder werden mit linksgrünen Idealen gefüttert. Die Geschichte der Schweiz wird nur noch wenig unterrichtet. Bürgerliche Meinungen trauen sich Schüler aus Angst vor schlechten Noten oder Mobbing oft nicht mehr zu äussern. An Unis werden bürgerliche Redner wieder ausgeladen. An der Primarschule Hagenbuch habe ich mich für die Erzählnacht zur Verfügung gestellt. Ich erhielt eine Absage vom Schulpräsidenten. An Hochschulen werden die Studenten unter Androhung von Notenabzug verpflichtet, die Gendersprache anzuwenden. Mittlerweile wird – zumindest im Ausland – ernsthaft gelehrt, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt und dass auch Männer schwanger werden können.

Auf Bundesebene wird uns subtil beigebracht, dass wir zu viel Fleisch konsumieren. Auf der neuen Lebensmittelpyramide finden wir weder Fleisch noch Fisch. «Gnädigst» ist noch ein Stück Käse und ein Joghurt abgebildet. Auf Bundesebene liegen Vorstösse bereit, welche den Zuckerkonsum einschränken sollen. Was darauf alles noch folgen soll, will ich mir gar nicht ausdenken.

Wie wir uns in unserem eigenen Land fremden Kulturen anzupassen haben, wird uns sowieso schon seit Jahrzehnten eingetrichtert. Dafür sorgen die Schulen sowie die öffentlich-rechtlichen Medien.

Eine «Zeitenwende» der anderen Art

Glücklicherweise treten wir in eine Zeit ein, in welcher diese linken Narrative aufgebrochen werden und wieder vermehrt die Meinungsfreiheit und der gesunde Menschenverstand einkehren.



Ein solches Abendessen droht uns, wenn Linksgrün weiter und weiter unser Leben reguliert.

Bild: Pixabay

TRÖDLERISCHER UMGANG MIT FINANZIELLEN RESSOURCEN

Unentgeltliche Rechtspflege im Asylverfahren

Das Asylgesetz sieht einen unentgeltlichen Rechtsschutz während des Asylverfahrens vor. Sowohl in den Bundesasylzentren als auch in den Kantonen können sich Asylsuchende deshalb von einer vordefinierten, behördenunabhängigen Stelle gratis rechtlich beraten und vertreten lassen. Die Zürcher SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann will mit einer Motion unverhältnismässige und aussichtslose Klagen verhindern.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

2016 wurde über das Asylgesetz abgestimmt. Der Bundesrat argumentierte damals, dass die Anwesenheit einer Rechtsvertretung unerlässlich sei, um die Einhaltung rechtsstaatlicher Regeln zu gewährleisten. Es wurde im Gesetz ein sehr teurer genereller Anspruch auf eine kostenlose Beratung und Rechtsvertretung für Asylsuchende geschaffen.

Unverhältnismässiger Gesetzesartikel

Laut Nationalrätin Steinemann erscheint es jedoch unverhältnismässig, eine unentgeltliche Vertretung für jedes Rechtsmittel, potenziell bis vor das Bundesverwaltungsgericht und unabhängig von den Erfolgsaussichten und dem damit verbundenen Aufwand, zu garantieren.

«Es ist nicht gerechtfertigt, Asylsuchenden unabhängig von den Umständen ein günstigeres Recht zu gewähren als der übrigen Bevölkerung», begründet Steinemann ihre Motion. Die «nor-

male» Bevölkerung hat keinen generellen Anspruch auf Rechtsvertretung. Laut Steinemann soll eine Rechtsvertretung im Asylverfahren nur noch gewährt werden, wenn das Asylgesuch «nicht aussichtslos» ist.

Massive Zusatzkosten

Das geltende Recht führt zu einem Anstieg der Beschwerden und massiven Zusatzkosten. Mit der Auffassung, dass der genannte Anspruch auch in sämtlichen öffentlich-rechtlichen Verfahren gelte, geht die Schweiz zudem über die

Anforderungen der EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) hinaus. Solche Gratisanwälte für Asylbewerber sind zudem ein Verstoss gegen die Rechtsgleichheit (Art. 8 Bundesverfassung). Es ist auch bestens geeignet, die fette Asylindustrie weiter aufzupäppeln.

Die Argumentation, Migranten seien besonders verletztlich und in ihren Grundrechten tangiert, hält einer Prüfung nicht stand. Ein mittelloser Schweizer, der etwa in ein KESB-Verfahren involviert ist, wird in seinen Grundrechten ebenso tangiert.



Das geltende Recht führt zu einem Anstieg der Beschwerden und massiven Zusatzkosten.

Bild: Adobe Stock

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Zwänge als Totengräber der Eigenverantwortung

In Fragen der Gesundheit und der Umwelt ist verbreitetes lineares, stereotypes Denken kontraproduktiv; dynamische Ansätze wären zielführend.



Bernhard Im Oberdorf
Kantonrat SVP
Zürich

Bei der Vorlage zum Energiegesetz «Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel» liess schon die lärmige Demonstration vor dem Parlamentsgebäude vermuten, dass hier mehr zu erwarten war als nur das Absegnen des Ergebnisses der Redaktionskommission.

Rasende Ökologen: Frieren und Grünzeug futtern

Nachdem der Kantonrat schon letztes Jahr lange über dieses Gesetz, welches das Netto-Null-Ziel wenn möglich bis 2040, zwingend aber bis 2050 anstrebt, beraten hatte, folgte in der Nachmittags-sitzung eine neue Debatte mit über vierzig Votanten, wobei die SVP mit viel Kompetenz und gut zehn Rednern dazu beitrug. Aber der von diesen gezeigte Realitätssinn prallte an der Polemik der Linken ab. Dieser kann es nicht schnell genug gehen; auf der Strasse würde man sich mit diesem Tempo eines Raserdeliktes schuldig machen.

Da sich die SVP-Votanten durch viel Sachkompetenz und ein präzises Replizieren auf die Voten der Linken aus-

zeichneten, wäre es nicht angebracht, nur einzelne Voten herauszugreifen; die Auswahl wäre kaum repräsentativ.

Während die Linke die Hölle der Hitze an die Wand malte und sich ihre Voten in der Dramatik überschlugen – eine Ungeduld, die durch alle Decken schlug – zeigte die SVP die Folgen dieser Ideologisierung auf. Ein das Leben strangulierendes Verbotssystem wäre die Folge, wenn man das Netto-Null-Ziel schon zehn Jahre früher erreichen wollte.

Bis dann wäre noch nicht genügend alternativer Flugtreibstoff vorhanden, sodass man bei rigider Anwendung das Fliegen gleich einstellen müsste. Das würde aber viele Ökologen nicht daran hindern, selber, wie die Erfahrung zeigt, in die Badeferien zu fliegen. Da auch noch nicht alle Ölheizungen ersetzt worden wären, müsste man diese, obschon voll funktionsfähig, herausreissen und ersetzen. Für nicht wenige würde das heissen: Frost oder Ruin. Auch beim motorisierten Individualverkehr könnte das übel enden, da eine Umflottung so schnell nicht möglich wäre: verschrotten oder Immobilität. Beim Essen könnte die Bevormundung darauf hinauslaufen: Grünzeug futtern oder hungern.

Naives Vorzeigebeispiel

Natürlich sind auch die Auswirkungen drastischer Ökomassnahmen auf

die Wirtschaft in Rechnung zu stellen. Da wird es sehr bedeutsam, dass die Schweiz mit ihren Massnahmen wenig bis nichts für das ganze System beitragen kann. Dann bleibt da die Mär vom «Guten Beispiel», mit dem voranzugehen sei.

So mag ein Votum von links, dass sich dies auf China auswirken könnte, zwar gutmeinend sein, doch erkennt es die Realität: China wird sich sicher nicht von guten Beispielen beeinflussen lassen. Das totalitäre Regime in Peking, das nach Macht strebt, wird umgekehrt daraus seinen Nutzen ziehen wollen, wenn sich die westlichen Staaten – und damit auch die Schweiz – wirtschaftlich schwächen und ins Hintertreffen gelangen.

Dynamisches Denken und Motivation

Am Vormittag gab es eine Reihe von Vorstössen, bei denen Rochus Burtscher einen Grosskampftag hatte; einige wurden diskussionslos überwiesen, so auch ein Postulat zur Entlastung von Arztpraxen durch interprofessionelle Zusammenarbeit mit der «Sozialen Arbeit».

Das geht einher mit der Eindämmung der Steigerung der Gesundheitskosten. Da ist kluges Denken angesagt. Wenn im Ausland die Generika wesentlich günstiger sind als in der Schweiz, sollte der Parallelimport ermöglicht werden. Kurzschlüssig ist es, den Lobbys entgegenzukommen, weil dies die Gesundheitskosten verteuert. Ebenso entspringt es einem linearen Denken, wenn man glaubt, mit einer Erhöhung der Franchise die Krankenkassenprämien zu senken. Das würde keine senkende Wirkung haben; das Gegenteil dürfte der Fall sein, wenn man dynamisch denkt. Ist die Franchise höher, wird man erst recht die Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen wollen: Wer mehr bezahlt, will, dass sich dies «auszahlt».

So wird auch die Motivation zum ökologischen Handeln in Eigenverantwortung geknickt, wenn man mit Verboten und Zwängen vorgeht. Gerade das Freiwillige mit gesundem Menschenverstand hat die grössten Wirkungen: in den Nischen, die sich ohnehin nicht regeln lassen.



Herausreissen oder ersetzen, Frost oder Ruin, verschrotten oder Immobilität, Grünzeug futtern oder hungern: Ein das Leben strangulierendes Verbotssystem wäre die Folge, wenn man das Netto-Null-Ziel schon zehn Jahre früher erreichen wollte.
Bild: Adobe Stock

WORTE DER PRÄSIDENTIN DER JUNGEN SVP DES KANTONS ZÜRICH

Der Traum vom Eigenheim

Viele junge Menschen im Kanton Zürich träumen von Wohneigentum. Doch dieser Wunsch wird durch hohe Immobilienpreise und strenge Vorschriften zunehmend erschwert. Dabei steht Wohneigentum für Unabhängigkeit, Sicherheit und Eigenverantwortung – Werte, die für unsere Generation wichtig sind.

Der Kanton Zürich ist wirtschaftlich attraktiv, aber auch Heimat eines der angespanntesten Immobilienmärkte der Schweiz. Neben der staatlichen Bevorzugung des Mietmarktes trägt die anhaltend starke Zuwanderung erheblich zur Wohnungsnot bei. Jahr für Jahr ziehen mehr Menschen in den Kanton, was den Druck auf den ohnehin knappen Wohnraum weiter erhöht. Doch Zürich kann nicht unbegrenzt wachsen und ein Umdenken in der Wohnpolitik ist dringend notwendig. Junge Menschen und Familien, die den Schritt ins Wohneigentum wagen möchten, scheitern oft am knappen Wohnraum und den damit verbundenen exorbitanten Preisen. Der Traum vom Eigenheim bleibt so für viele unerreichbar.

Warum Eigentum wichtig ist

Wohneigentum bringt nicht nur persönliche Vorteile wie Stabilität und Unabhängigkeit, sondern hat auch eine wichtige gesellschaftliche Dimension. Damit lässt sich auch die von Linken

gezeichnete Hassfigur des bonzigen Hauseigentümers widerlegen: Eigentümer investieren langfristig in ihre Umgebung und tragen zur Bewahrung lokaler Traditionen bei – etwa durch Engagement für die Vereinskultur. Darüber hinaus bietet Wohneigentum Schutz vor Inflation und ist eine verlässliche Altersvorsorge, besonders in Zeiten unsicherer Rentenmodelle. Es ist deshalb essenziell, jungen Menschen Perspektiven zu schaffen, damit sie diesen Schritt gehen können.

Konkrete Lösungen

Der Staat muss den Zugang zu Wohneigentum erleichtern. Im Kanton Zürich könnte dies durch steuerliche Entlastungen, flexiblere Finanzierungsmodelle und den Abbau bürokratischer Hürden erreicht werden. Gleichzeitig muss die einseitige Förderung des Mietmarktes gestoppt und in ein neues Verhältnis gesetzt werden – so, wie es auch unsere Verfassung will. Konkrete Lösungen könnten beispielsweise durch die vom HEV Kanton Zürich lancierten

Volksinitiativen – etwa die Wohneigentums-Initiative oder die Starthilfe-Initiative – vorangetrieben werden. Um das Wachstum des Wohnungsmarktes wieder in geordnete Bahnen zu lenken, ist auch die Steuerung der Zuwanderung dringend angezeigt.

Nicht nur ein Privileg

Gerade in einem Kanton wie Zürich, in dem viele Menschen langfristig bleiben möchten, ist Wohneigentum ein elementarer Grundstein für mehr Lebensqualität und Sicherheit. Es ist wichtig, dass Wohneigentum nicht länger ein unerreichbares Privileg bleibt, sondern eine realistische Option wird.



von
Naemi Dimmeler

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Sorge tragen zur Demokratie



Ursula Junker
Kantonrätin SVP
Mettmenstetten

«Was uns alle eint in diesem Saal, ist das Interesse an Politik, wir ringen um Lösungen für unseren Staat und unser Zusammenleben», fasste Christoph Ziegler (GLP) die seltene Einigkeit im Rat von rechts bis links zusammen. In der Diskussion der dringlichen Interpellation gegen den Abbau der politischen Bildung an Gymnasien haben alle Parteien kritisiert, nicht in den Prozess für die zukünftige Ausgestaltung der Fächer an Zürcher Gymnasien einbezogen worden zu sein. Anstatt dass die politische Bildung gestärkt wird, wie es der nationale Rahmenlehrplan vorsieht, soll ein Abbau stattfinden.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern erfordert kontinuierliche Pflege – auch in der Schweiz. Damit Jugendliche fähig sind, ihre politischen Rechte wahrzunehmen, benötigen sie fundiertes Wissen über die Geschichte, Institutionen und das politische System des Landes. Politische Bildung soll das Verständnis unterschiedlicher Staatsformen, Partizipationsmöglichkeiten und die Einordnung historischer Zusammenhänge fördern, um die Gegenwart einzuordnen und die Zukunft mitgestalten zu können.

Dass diese wichtige Forderung genau am 80. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau im Rat debattiert

wurde, mag Zufall sein. Die gemeinsamen Fraktionserklärungen aller Parteien im Gedenken an die Holocaustopfer unterstrichen jedoch eindrücklich die vorausgegangenen Statements.

Einmal mehr unterlag die bürgerliche Seite am Vormittag bei diversen Abstimmungen, nicht zuletzt wegen vieler Absenzen. Das ist aus Sicht SVP ärgerlich, aber halt Demokratie. Mit Einführung der Schulsozialarbeit an Mittel- und Berufsschulen, Anschubfinanzierung für Tagesschulen, Laufbahnmodellen, um den Lehrberuf attraktiver zu machen, und einem Förderprogramm für leistungsstarke Jugendliche mit Migrationshintergrund wurden so Geschäfte beschlossen oder überwiesen, welche wieder hohe Kosten nach sich ziehen dürften.

Lautstark machten sich über Mittag Anhänger der Klimabewegung auf dem Vorplatz zum Rathaus bemerkbar und stimmten die Kantonräte auf eine lange, intensive Debatte ein, ob die Treibhausgasneutralität im Kanton Zürich bereits 2040 erreicht werden soll. Einmal mehr zeigte sich: Wer das Geld nicht selber wirtschaften muss, baut rosarote Luftschlösser. So ist es leicht, die Welt zu retten!

Im Anschluss an die Sitzung ergriff die SVP das Behördenreferendum gegen diesen Klimabeschluss. Somit hat das Volk das letzte Wort.

Das Votum im Kantonrat als Video:



Damit Jugendliche fähig sind, ihre politischen Rechte wahrzunehmen, benötigen sie fundiertes Wissen über die Geschichte, Institutionen und das politische System des Landes.
Bild: Pixabay

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



MEDIENMITTEILUNG DER SVP DES KANTONS ZÜRICH

SVP ergreift Referendum gegen Energiegesetz

Der Kantonsrat hat am Montag in zweiter Lesung eine Änderung des Energiegesetzes verabschiedet. Diese hat zum Ziel, im Kanton Zürich das Klimaziel «Netto-Null-2040» zu verankern. Für die SVP ist klar: Die vollständige Dekarbonisierung aller Lebensbereiche im Kanton Zürich in weniger als 15 Jahren ist komplett illusorisch. Die SVP-Fraktion hat daher direkt im Anschluss an die Debatte beim Kantonsratspräsidium die nötigen 45 Unterschriften für ein Behördenreferendum eingereicht. Damit steht fest, dass die Bevölkerung noch im laufenden Jahr über diese unrealistische und schädliche Klimapolitik wird abstimmen können.

Das Ziel «Netto-Null-2040» würde bedeuten, dass im Kanton Zürich ab dem Jahr 2040 keine Treibhausgase mehr ausgestossen werden dürften. Für den grössten Kanton der Schweiz hätte dies verheerende Folgen: In nicht einmal 15 Jahren dürften unter anderem keine Fahrzeuge mit Verbrennermotor mehr in Betrieb sein. Sämtliche Gas- und Ölheizungen müssten spätestens Ende 2039 herausgerissen und durch erneuerbare Heizsysteme ersetzt wer-

den. Flugzeuge oder Hubschrauber dürften im Kanton Zürich nicht mehr starten. Und selbstverständlich müssten auch alle KMU und insbesondere die gesamte Industrie auf erneuerbare Energie umgestellt werden. Eine Deindustrialisierung, wie wir sie seit Jahren etwa in Deutschland miterleben, würde unweigerlich auch den Kanton Zürich erfassen.

Die Beispiele zeigen, dass das beschlossene Netto-Null-2040-Ziel un-

möglich eingehalten werden kann – es sei denn, im Kanton Zürich würde eine massive und äusserst unsoziale Verbotspolitik umgesetzt. Und selbst diese dürfte zu weiten Teilen an übergeordnetem Recht scheitern, denn der Kanton verfügt gar nicht über die nötigen Kompetenzen, um eine solch epochale Zeitenwende in so wenigen Jahren umzusetzen. Die Mitte-Links-Mehrheit im Zürcher Kantonsrat streut der Bevölkerung also massiv Sand in die Augen, wenn sie Ziele gesetzlich verankert, die gar nicht oder nur unter Umgehung grundlegender Freiheitsrechte erreichbar sind. «Die schweizerische Klima- und Energiepolitik ist komplett gescheitert. Dennoch setzt die sogenannte «Klimaallianz» auf immer radikalere Mittel», sagt Kantonsrat und Fraktionspräsident Tobias Weidmann. Vize-Fraktionspräsident Ueli Bamert ergänzt: «Wir sind gewillt, der Bevölkerung im bevorstehenden Abstimmungskampf schonungslos und ohne Übertreibung aufzuzeigen, welche drastischen Folgen die Umsetzung eines solch übertriebenen Klimaziels für den Kanton Zürich hätte.» Die Parteileitung der SVP des Kantons Zürich ist zuversichtlich, dass sie die Zürcher Bevölkerung von einem NEIN zu dieser völlig aus dem Ruder laufenden Klimapolitik wird überzeugen können.



Das Referendum gegen das Energiegesetz steht: KR Ueli Bamert, KR Lorenz Habicher, Fraktionspräsident KR Tobias Weidmann, KR Marcel Suter und Parteipräsident KR Domenik Ledergerber bei der Einreichung im Kantonsrat. Bild: zVg

MEDIENMITTEILUNG DER SVP DER STADT ZÜRICH

SVP reicht 4486 Unterschriften gegen die unsoziale städtische Parkkartenverordnung ein

Die Stadtbevölkerung wird über die städtische Parkkartenverordnung für die Blaue Zone abstimmen können. Das bürgerliche Referendumskomitee aus SVP und FDP hat letzten Mittwoch 4486 Unterschriften gegen diese unsoziale und bürokratische Vorlage eingereicht. Die hohe Zahl an Unterschriften beweist, dass das Thema den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Zürich unter den Nägeln brennt.

Stadtregierung und Gemeinderat möchten die Verordnung über die Jahresparkkarte für die Blaue Zone verschärfen. Neu sollen die Kosten für die Parkkarte pro Fahrzeug verdoppelt oder, je nach Gewicht, sogar verdreifacht werden. Grundlage der Verordnung ist ein neues Berechnungsmodell: Die Höhe der Gebühr soll neu nach dem Gewicht des Fahrzeuges berechnet werden. Das benachteiligt Familien, die grosse Autos benötigen, und all jene, die in ein E-Auto investiert haben – schliesslich sind batteriebetriebene Autos deutlich schwerer als solche mit einem Verbrennungsmotor. Dazu kommt, dass voraussichtlich viele Mieterinnen und Mieter ihre Anwohnerparkkarte verlieren werden. Zukünftig sollen nämlich nur noch diejenigen eine Blaue-Zone-Karte erhalten, in deren Wohnliegenschaft keine Möglichkeit besteht, einen privaten Parkplatz zu mieten. Alle anderen müssen einen Privatparkplatz mieten – egal zu welchem Preis.

Diese Vorlage ist ein weiteres Puzzleteil in der autofeindlichen Mobilitätspolitik der Zürcher Stadtregierung. Nebst dem politisch verursachten Verkehrschaos werden laufend Parkplätze gestrichen – gerade auch in der Blauen

Zone – und gleichzeitig das Parkieren auf diesen Parkplätzen aber verteuert. Eine Verschlechterung des Angebots bei massiv höheren Preisen; und das nur, um den Leuten das Autofahren zum Verleiden zu bringen. Diese Vorlage ist ein weiteres Paradebeispiel dafür, wie die linke Mehrheit in der Stadt Zürich versucht, die Bevölkerung zu bevormunden und umzuerziehen. Gerade diejenigen, die sonst überall soziale Ungerechtigkeit wittern, sehen kein Problem darin, wenn Autofahrer von heute auf morgen Hunderte Franken mehr bezahlen müssen – egal, welchen sozialen Hintergrund sie haben.

Wir tragen diese unsoziale Politik nicht mit. Aus diesem Grund haben wir in der anspruchsvollen Sammelfrist über die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel 4486 Unterschriften gegen die städtische Parkkartenverordnung gesammelt. Diese hohe Zahl an Unterschriften ist ein klarer Beleg dafür, dass der Stadtbevölkerung das Anliegen unter den Nägeln brennt. Wir sind überzeugt, dass wir die Bevölkerung im Abstimmungskampf von einem NEIN werden überzeugen können.

SVP der Stadt Zürich



Kantonsrat
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

zwei Mitglieder für das Verwaltungsgericht (SVP)
(eine 100%-Stelle, eine 50%-Stelle)

per 1. Juli für die Amtsdauer 2025-2031

Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsinstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Das Verwaltungsgericht ist insbesondere zuständig für Streitigkeiten betreffend Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrecht, Enteignungsrecht, Steuerrecht, Kausalabgaberecht, Personalrecht, Fürsorgewesen, Gesundheitswesen, Submissionswesen, Ausländerrecht, Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, Massnahmen nach Gewaltschutzgesetz, Straf- und Massnahmenvollzug, Administrativmassnahmen im Strassenverkehr, Polizeirecht.

Anforderungen:

- Vertiefte Kenntnisse im Verwaltungsverfahrensrecht und durch Praxis oder wissenschaftliche Tätigkeit erworbene Spezialkenntnisse in mindestens einem Gebiet des besonderen Verwaltungsrechts
- Mehrjährige Tätigkeit
 - in einer Verwaltung und/oder
 - an einem Verwaltungsgericht und/oder
 - an einer Vorinstanz des Verwaltungsgerichts und/oder
 - Anwaltstätigkeit mit Schwerpunkt Öffentliches Recht
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Die zwei Sitze werden von der Fraktion der SVP beansprucht. Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldungen der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verwaltungsgerichts vom 7. Juli 1997 (LS 175.22).

Umfassende Informationen zum Verwaltungsgericht finden Sie im Internet unter www.vgrzh.ch. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter Tel. 043 259 20 67.

Interessiert?

Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **18. Februar 2025** unter:

<https://www.kantonsrat.zh.ch/aktuell/stellenausschreibungen.aspx>



Geschafft: Vertreter von SVP und FDP bei der Übergabe der Unterschriften im Stadthaus.

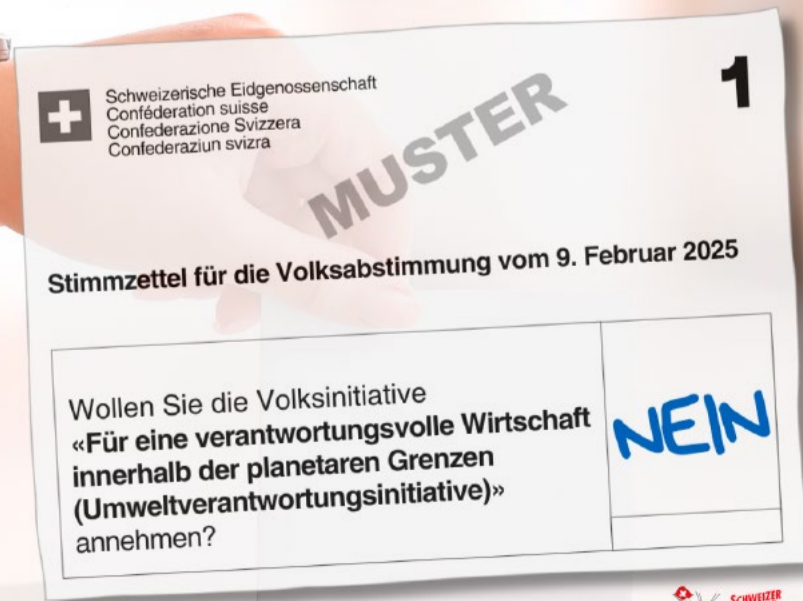
Bild: SVP der Stadt Zürich



Die SVP des Kantons Zürich
auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

Jetzt abstimmen!

Parole SVP Kanton Zürich



SVP BEZIRK ANDELFINGEN

Nationalrat Mike Egger zu Gast bei der Weinländer SVP

Am traditionellen Jahrestreffen der Weinländer SVP in Andelfingen zeigte der St. Galler Nationalrat Mike Egger die Gefahren auf, welche der Schweiz mit dem neuen Rahmenvertragswerk mit der Europäischen Union drohen.

RoMü. Es hat schon über 40 Jahre Tradition, dass die SVP Bezirk Andelfingen jeweils um den Jahreswechsel alle aktiven und ehemaligen Behördenmitglieder auf Stufe Bund, Kanton, Bezirk und Gemeinden zu einem geselligen Anlass mit einem Fachreferat einlädt. Jüngst war man in der Andelfinger Spätzlipfanne zu Gast.

Diverse Knacknüsse im Knebelvertrag

Aus dem Kanton St. Gallen reiste Nationalrat Mike Egger an. Er stellte sich die Frage, wie viel EU die Schweiz trägt. Mit dem neu ausgehandelten Vertragswerk werden die Bereiche Strommarkt, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit aufgenommen. Er verwies aber auch auf weitere noch zu lösende Fragen zu Forschung, Bildung und zum Kohäsionsbeitrag.

Egger sieht zahlreiche Knacknüsse im von ihm als Knebelvertrag bezeichneten Rahmenabkommen mit der EU. Eine erste macht er beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) aus, indem er auf den Machtanspruch der Gerichte in der EU hinwies. Zugleich stecken hinter den Ausgleichsmassnahmen viel mehr Gefahren als kommuniziert werden. «Verstösst die Schweiz gegen EU-Recht oder lehnt sie eine Übernahme ab, kann die EU Massnahmen respektive Sanktionen gegen die Schweiz ergreifen», führte Egger aus. Hier sieht er auch das Mitbestimmungsrecht des Volkes in Gefahr, indem man bei Abstimmungen einfach damit drohen kann, dass die EU bei für sie nicht zu akzeptierenden Volksabstimmungen mit Sanktionen drohen kann. Für ihn sind aber die zu erwartenden enormen Kosten des Kohäsionsbeitrags ein gewaltiger Pferdefuss, welche mit Steuergeldern finanziert werden müssen. Auch die für die Personenfreizügigkeit eingeräumte Schutzklausel ist für den St. Galler Nationalrat

nur ein Feigenblatt, weil dieses bereits vorhandene Notventil bisher gar noch nie angewendet wurde und auch in Zukunft kaum angewendet werden wird.

Wirtschaftliche Stärken ausspielen

Egger verwies aber auch auf die immer ins Feld geführte wirtschaftliche Verknüpfung mit der EU. Aktuell liegt das BIP pro Kopf in der Schweiz bei 94 000 Euro, in der EU sind es nur 42 000 Euro. Die Staatsverschuldung liegt in der EU bei 100 und in der Schweiz nur bei 39 Prozent. Zugleich ist die Schweizer Wirtschaft seit 1995 um 71 Prozent gewachsen, während es in der EU nur 57 Prozent sind; deren Wachstum aber wiederum von der Gesamtinflation von 84 Prozent aufgeessen wurde. Auch hier liegt die Schweiz mit 18 Prozent deutlich tiefer. Zugleich ist der Franken um 61 Prozent stärker geworden.

Auch bezüglich des direkten Handels mit der EU sieht Egger die Schweiz im Vorteil, indem die Handelsbilanz im letzten Jahr Importe von 184 und Exporte von 167 Milliarden Franken aufweist. «Das heisst, dass die Schweiz an jedem Arbeitstag für 70 Millionen Franken mehr Waren von Europa einkauft als umgekehrt», rief Egger in Erinnerung. Gleichzeitig ist der Rest der Welt für den Schweizer Aussenhandel viel wichtiger geworden. In den vergangenen 20 Jahren haben sich die Exporte nach Asien verfünffacht, jene nach China sind gar um das Zwanzigfache und jene in die USA sind um das Vierfache angestiegen. «Eine engere Anbindung mit dem restriktiven Rahmenabkommen mit der EU würde unsere Wettbewerbsfähigkeit zu Asien, China und den USA massiv verschlechtern», hielt Egger mahnend fest. Er warnte auch vor der übermässigen vertretenen Wirtschaft, welche einen Abschluss wüsch. «Die Interessen der Kleinstunternehmnen sind stattdessen kaum vertreten»,



SVP-Bezirkspräsident Stefan Stutz bedankt sich bei Nationalrat Mike Egger (rechts).

Bild: RoMü

stellte er fest. Zugleich ist noch kaum absehbar, wie sich die dynamische Rechtsübernahme auswirkt. Er sprach dabei abschliessend von knapp 8000 in der EU geltenden Rechtsvorschriften zu für die Schweiz relevanten Themen.

Doch abschliessend setzt Egger auf das Volk, welches sich gemäss verschiedenen Umfragen gegen eine Annäherung an die EU ausspricht. «62 Prozent lehnen den Rahmenvertrag und gar 77 Prozent einen möglichen Beitritt zur EU ab», sagte Egger. Auch Bundesrat Ignazio Cassis bekommt in diesen Umfragen nur wenig Zuspruch. Nur 24 Prozent trauen es ihm zu, dass er einen Neustart in Brüssel schafft.

Einsatz gebührt grosser Dank

Bezirkspräsident Stefan Stutz nutzte den Anlass, um auch einen grossen Dank an die Mandatsträger auszurichten,



Kantonsrat
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

zwei vollamtliche Mitglieder für das Obergericht (AL und SVP)

per 1. Juli für die Amtsdauer 2025-2031

Das Obergericht des Kantons Zürich ist Rechtsmittelinstanz in Zivil- und Strafsachen. Ihm ist das Handelsgericht angegliedert, das sich als erste Instanz mit handelsgerichtlichen Prozessen befasst. Ferner ist das Obergericht zuständig für die selbständige Justizverwaltung der zürcherischen Zivil- und Strafgerichte und des Notariatswesens.

Anforderungen:

- Vertiefte Kenntnisse des materiellen Zivil- und Strafrechts sowie des Zivil- und Strafprozessrechts
- Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht
- Vertrautheit und sicherer Umgang mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Fähigkeit zur vertieften Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen und komplizierten Sachverhalten sowie Fähigkeit, diese auf das Wesentliche zurückzuführen und verständlich darzustellen
- Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, Sozialkompetenz, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude
- Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Belastbarkeit
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich, Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Die zwei Sitze werden von den Fraktionen der AL und der SVP beansprucht. Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldungen der Mitglieder des Obergerichts vom 22. April 1991 (LS 212.53).

Umfassende Informationen zum Obergericht finden Sie im Internet unter <http://www.gerichte-zh.ch/organisation/obergericht.html>. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, Nathalie Malinowski, unter Tel. 043 259 20 67.

Interessiert?

Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **18. Februar 2025** unter:

<https://www.kantonsrat.zh.ch/aktuell/stellenausschreibungen/>

BESCHEIDENHEIT IST EINE TUGEND

Eindrücklich schlicht

Die Amtseinführungszeremonie des 45. und 47. Präsidenten der führenden Weltmacht USA zeigte sich auch in ihrer Schlichtheit eindrücklich. Solche Feiern sind fern von Pomp und aufgeblasenem Gehabe, wie es etwa Frankreich auf den Champs Élysées inszenieren würde. Man merkt es: Hier inszeniert sich die älteste Demokratie der Welt.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Das gilt schon für Wahlvorbereitungen der amerikanischen Präsidentschaftskandidaten. Diese haben sich Jahre lang abzurackern, besuchen ungezählte Kaffeekränzchen, Kirchen und Kegelveranstaltungen. Man hat sich den Wählern vorzustellen: keine Gruppe zu klein, um ausgewählt zu sein.

Zu den Feierlichkeiten für Donald Trump 2025: In der Kuppelhalle des Kapitols herrschte fast etwas Albisgüetli-Stimmung. Vieles wirkte improvisiert. Ein gemischter Chor junger Sängerinnen und Sänger marschierte auf. Sie sangen «Glory, Glory Halleluja!» Wegen dem grossen Hut der First Lady konnte Trump lediglich eine Art «Luft-

kuss» platzieren. Und es kam sogar zu einer Panne bei der musikalischen Begleitung einer Sängerin, worüber sich der frühere Präsident Bill Clinton diebisch freute. Mehrere Geistliche verschiedener Bekenntnisse begleiteten – typisch amerikanisch – mit ihren Worten und Gebeten die Vereidigung. Sie erflehten den himmlischen Segen für den neuen Präsidenten und die «Nation unter Gott». In seiner Rede wiederholte Donald Trump seine Wahlversprechen.

Die Reaktionen hierzulande waren weniger als bescheiden. Die Journalisten versuchten fast schon krampfhaft, die Amtseinsetzung von Donald Trump zu verdrängen. Im «Tages-Anzeiger» zum Beispiel sah man das erste Bild von Trump, Gattin Melania und Tochter Ivanka erst auf der siebten Seite. Auf dem Titelbild strahlten drei Moderatorinnen, die irgendwann im Mai den europäischen Gesangswettbewerb moderieren sollen.

denn sie setzen sich auf den verschiedenen Stufen von der Gemeinde über den Bezirk bis zum Kanton und Bund für die Interessen der Weinland-Bevölkerung ein. Zugleich kam er auf die anstehende politische Arbeit zu sprechen. Steigende Gesundheitskosten und

Kriminalität sind Herausforderungen wie auch der Kampf gegen die Windanlagen. Zudem sorgt jedes neue Gesetz für mehr Kosten. «Die Lebensqualität, die Sicherheitslage und auch das Portemonnaie nehmen ab», hielt Stutz warnend fest.

Anhaltendes Bevölkerungswachstum wegen Personenfreizügigkeit

«2023 nahm die Bevölkerung um 145 400 Einwohner zu. Dieses Wachstum benötigt 625 zusätzliche Spitalbetten, 669 Ärzte und 3722 Pfleger», rief der St. Galler Nationalrat in Erinnerung. Zugleich wurden 8075 Fussballfelder für neue Siedlungsflächen beansprucht, um die benötigten 66091 Wohnungen zu bauen. Zudem führte diese Zuwanderung zu zusätzlichen 78 516 Personenwagen und der Strombedarf muss mindestens durch 153 Windräder (917 Mio. kWh) gedeckt werden. Mit diesen Zahlen zeigte er die Brisanz und Gefährlichkeit der Personenfreizügigkeit mit der EU auf, welche zu einer völlig unkontrollierten Einwanderung geführt hat.

Doch immer wieder wird sie als Erfolgsfaktor angepriesen, welche die Schweiz dringend nötig hätte. Von 2000 bis 2020 hat die Schweizer Bevölkerung um 21 Prozent zugenommen. Frankreich liegt bei 10,3, Österreich bei 8,8 und Italien bei 3,2 Prozent. «Die Schweiz ist in diesem Zeitraum 16 Mal stärker gewachsen als Deutschland mit bescheidenen 1,3 Prozent», hielt Egger besorgt fest. Der immer wieder als Beschwichtigung beigezogenen Beruhigungsspiel mit der Möglichkeit, bei schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen die Schutzklausel zu aktivieren, erteilte Egger eine klare Absage.

Klimaziele wären erfüllt

Mit Blick auf die Pariser Klimaziele zeigte Egger auf, dass die Schweiz es eigentlich im Zeitraum von 1990 bis 2021 geschafft hätte, den CO₂-Ausstoss

um 37 Prozent zu verringern. Damit hätte die Schweiz die Vorgaben pro Kopf von einer geforderten Reduktion von 20 Prozent bei Weitem erfüllt. Doch mit dem gleichzeitig verzeichneten Wachstum waren es noch 18 Prozent.

Auch bezüglich des vermeintlichen Fachkräftemangels, welcher angeblich nur durch die Zuwanderung bewältigt werden kann, konnte Egger mit Zahlen darlegen, dass dies nicht stimmt. «Zwischen 2001 und 2021 ist die Zahl der Ärzte von 25 395 auf 39 222 oder um 54 Prozent angestiegen und wir haben trotzdem einen Ärztemangel», hielt er fest. In diesem Zeitraum, in dem die Bevölkerung um 1,5 Mio. Einwohner angewachsen ist, haben zusätzlich 223 000 Grenzgänger – was mehr als einer Verdoppelung entspricht – eine Arbeit in der Schweiz gefunden. Zugleich verzeichnet man trotz starkem Bevölkerungswachstum das Fünffache an offenen Stellen.

Egger ging auch auf die Energiestrategie des Bundes ein, welche 2017 die Grundlage für das Energiegesetz bildete. Konkret wurde festgehalten, dass im Jahre 2050 rund neun Millionen Menschen in der Schweiz wohnen. «Hier hat sich der Bund um 26 Jahre getäuscht», so Egger. Eigentlich hat es die Schweiz auch in diesem Bereich geschafft, den Stromverbrauch zwischen 2001 und 2023 pro Kopf um 15 Prozent zu senken. Doch als Folge des unkontrollierten Bevölkerungswachstums ist dieser gesamthaft um vier Prozent angestiegen.

Fadegrad



von Tobias Infortuna

Reisebüro Cassis

Planen Sie gerade Ferien und wollen deswegen ein Reisebüro aufsuchen oder einen Prospekt durchblättern? Dann beginnt Ihre Reise aber auf dem Holzweg. Denn moderne Zeitgenossen lassen sich beim Thema Ferien von Bundesrat Ignazio Cassis beraten. Das zumindest will uns dessen Eidgenössisches Departement des Äusseren (EDA) weismachen, das seit fünf Jahren auf Instagram vertreten ist. Vor allem junge Leute nutzen Instagram, um Bilder aus ihrem Alltag mit der Öffentlichkeit zu teilen. Die Fotos von Bundesrat Cassis gehören allerdings nicht zu ihren Favoriten. Das EDA verzeichnet gerade einmal 15000 Follower. Zum Vergleich: Bei Roger Federer, der als Tennisprofi das Bild der Schweiz deutlich positiver prägt als Cassis, sind es 13 Millionen Follower. Nun hat sich das EDA aber zum Ziel gesetzt, die Herzen der Jugendlichen im Sturm zu erobern, indem es mit kurzen Filmen die Aussenpolitik verständlicher machen will. Vielleicht weil der Bundesrat den Erwachsenen nicht erklären kann, was er mit seinem EU-freundlichen Kurs bezweckt, konzentriert er sich nun auf die Jugendlichen. Die sind eventuell einfacher zu beeinflussen. Das neue Konzept des EDA auf Instagram heisst «Youth Chat» und basiert auf Strassenumfragen. In den vier bisher erschienenen Beiträgen werden Jugendliche zum Thema Landminen, Konsulaten, Reisezielen und politischen Interessen befragt. Nach jeweils über einer Minute mit kurzen Interviews folgt die richtige Antwort seitens der Moderatorin: Das EDA kämpfe gegen Landminen, unterhalte über hundert Botschaften, gebe Tipps zu Reisen und interessiere sich für die Meinung der Jungen, die man doch bitte im Kommentarfeld hinterlassen soll. Gerade einmal ein junger Mann erbarmte sich und schrieb ein einzelnes Wort hin. Für Kommunikationschef Nicolas Bideau sind die spärlichen Rückmeldungen von der Strasse jedoch «sehr wertvoll». Dass die Befragungen in den linksgrünen Städten nicht gerade repräsentativ sind, ist zweitrangig, denn die jungen Leute sagten allesamt brav, dass ihnen «Nachhaltigkeit» wichtig sei. Dieses Wort hört man gern in Bundesbern. Man kann nur hoffen, dass sich das Bundesamt für die Aussagen der Jugendlichen so interessiert wie die Jugendlichen sich für das EDA interessieren – nämlich gar nicht. Einmal mehr wird unser Steuergeld komplett sinnlos verschwendet. Für die Bewirtschaftung der EDA-Kanäle in den sozialen Medien sind fünf Mitarbeiter tätig. Wer Vollzeit arbeitet, erhält 148000 Franken Lohn im Jahr. Mit so viel Geld sollte es eigentlich möglich sein, nicht nur jungen Leuten, sondern auch Aussenminister Cassis zu erklären, was Aussenpolitik ist.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

JA zum fairen Parkplatz-Kompromiss!

Künftig soll ein Fahrzeug nur unter gewissen Bedingungen und nach dem Gewicht des Fahrzeugs auf einem blauen Parkplatz abgestellt werden dürfen.



Michele Romagnolo Gemeinderat SVP Zürich

Parkieren in der Stadt Zürich soll künftig – nach dem Willen des Gemeinderates der linksgrünen Parteien, die die Mehrheit besitzen – nach Gewicht des Fahrzeugs berechnet werden. Dass diese neue Regelung kommen wird, ist wahrscheinlich, denn im Gemeinderat sprachen sich nur die bürgerlichen Parteien gegen den Tiefgaragenzwang aus.

Um was geht's hier

Wer bis heute eine Anwohnerparkkarte für das Parkieren in der Blauen Zone erwerben konnte, zahlte für einen Parkplatz jährlich 300 Franken. Dabei spielte es keine Rolle, was für ein Gefährt man abstellt. Gemäss dem neuen Vorschlag der zuständigen Kommission soll der Preis künftig jedoch nach Gewicht des Fahrzeugs berechnet werden und die Möglichkeit, sein Fahrzeug in der Blauen Zone zu parken, ist nicht mehr gegeben, wenn auf dem Privatgrund des Vermieters/Eigentümers eine Parkmöglichkeit besteht. In der Stadt Zürich sollen Autofahrer, die in einem Haus mit einer Tiefgarage wohnen, also bald keine blaue Parkkarte mehr erhalten. Zudem werden Familien mit mehreren Autos diskriminiert, indem sie nur eine blaue Parkkarte pro Familie erhalten; und dies nur mit einer Bestätigung des Vermie-

ters, dass auf dem privaten Grundstück kein geeigneter Parkplatz zur Verfügung steht. Es ist jedoch notwendig, dass Anwohner eine alternative Lösung haben, ihr Auto abzustellen.

Extreme Verteuerung droht

Infolge des Irrsinns unserer Stadtregie rung wird das Abstellen von Autos auf Privatgrund, sei es oberirdisch oder in einer Tiefgarage, in absehbarer Zeit dop pelt oder sogar vervielfacht teuer. Wenn oberirdisch keine Blaue-Zone-Parkkar ten mehr erworben werden können, werden die Preise für das unterirdische Parkieren schätzungsweise um ca. 300 bis 500% steigen. Es erscheint mir wie in einer Bananenrepublik, in der man vorschreibt, wie jemand sich verhalten soll und muss.

In der Stadt Zürich haben derzeit 32000 Menschen eine Blaue-Zone-Park karte. Wie viele Liegenschaften in Zü rich tatsächlich über private Park- oder Tiefgaragenplätze verfügen, ist dage gen nicht bekannt.

Klare Diskriminierung von Verbrennern

Die linksgrünen Parteien wollen mit dieser Massnahme Elektroautos bevorzugen, indem sie fossile Fahrzeuge zur Kasse bitten. Konkret sind für einen Verbrennungsmotor 35 bis 45 Rappen pro Kilo Leergewicht zu zahlen, für ein Elektrofahrzeug 30 bis 40 Rappen. Laut Mitteilung würde ein Elektroauto mit einem Leergewicht von 1561 Kilogramm im Durchschnitt 546 Franken kosten. Zum Vergleich: Ein SUV der Marke MB könnte die 1000-Franken-Marke knacken.

Parkplätze sind für Privatpersonen sowie Pendler, die täglich in Zürich arbeiten, für Familien mit Kindern, Geschäfte und Unternehmungen von grosser Bedeutung. Die Service-Techniker haben bereits heute Schwierigkeiten, einen Parkplatz zu finden und fahren durch die Quartiere, wobei die Kosten dem Auftraggeber in Rechnung gestellt werden. Und dabei werden fleissig Abgase in die Atmosphäre abgegeben.

Volksinitiative «Fairer Parkplatz-Kompromiss»

Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, mit anderen Parteien zusammen die Volksinitiative «JA zum fairen Parkplatzkompromiss» zu lancieren.

Ich bin der Meinung, dass die Anzahl der öffentlichen Parkplätze in allen Quartieren erhalten bleiben muss, um die Gesamtzahl der öffentlichen Parkplätze in allen Quartieren beizubehalten. In der Stadt Zürich droht ein Kahl-schlag mit weit über 10 000 Parkplätzen, die in nächster Zeit verschwinden werden. Deshalb sollten alle Stadtzürcher, die nicht bevormundet werden wollen, den Unterschriftenbogen unterzeichnen und einen Akzent setzen, um ein lebendiges und multifunktionales Zürich zu erhalten.

Hier gelangen Sie direkt zum Unterschriftenbogen:



Gewerbetreibende wie beispielsweise lokale Bäckereien können der irrsinnigen Idee des linksgrünen Gemeinderates nichts abgewinnen. Bild: Adobe Stock

AUS DEM USTERMER GEMEINDERAT

Der linksgrüne Stadtrat und sein roter Schutzschild

Die linke Mehrheit im Parlament von Uster bewährt sich regelmässig als roter Schutzschild des linksgrünen Stadtrates und hilft diesem somit bei der Umsetzung seiner Ideen.



Benjamin Streit Gemeinderat SVP Uster

In der letzten Gemeinderatsitzung des Ustermer Parlaments wurde eine Parlamentarische Initiative behandelt, welche die vier Ratsmitglieder Daniel Schnyder (SVP), Marc Thalmann (FDP), Paul Stopper (BPU) und Ursula Rüftlin (GLP) vergangenen April eingereicht hatten. Beweggrund der Parlamentarischen Initiative war, dem Gemeinderat als gesetzgebendem Gremium mehr Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung des Teuerungsenausgleichs einzuräumen. Es gibt keine Rechtsgrundlage, die es dem Gemeinderat erlaubt, von sich aus über den Ausgleich zu entscheiden. Nur wenn der Stadtrat von sich aus die Quote än-

dern wollte, müsse er damit vors Parlament. Durch die von der Initiative geforderte neue Handhabung sollen ein klar definiertes Mitspracherecht und zukünftige Entscheidungen transparenter und auf einer demokratisch soliden Basis gefasst werden können.

Linke Geldregen-Finanzpolitik geht weiter

Unser Andres Ott referierte für unsere Fraktion. Er wies insbesondere darauf hin, dass der Zeitpunkt, zu welchem der Teuerungsenausgleich festgelegt werde, sehr früh erfolge und sich in der zweiten Jahreshälfte noch vieles ändern könne: «Dementsprechend wäre es gut, wenn wir da noch reagieren und den wirklichen Satz übernehmen könnten.» So lag über das ganze Jahr 2022 die Teue-rung im Schnitt bei 2,8 Prozent, und mit der Übernahme des Entscheids des Regierungsrates von 3,5 Prozent sei der ganzen städtischen Belegschaft

eine faktische Realloohnerhöhung von 0,7 Prozent gewährt worden. «Wer zahlt, entscheidet», erklärte Mitinitiant Marc Thalmann für die Fraktion FDP/Die Mitte. Er kritisierte den Stadtrat dafür, sich hinter dem Entscheid des Regierungsrates zu verstecken: «Zwar könnte der Stadtrat korrigierend eingreifen, aber das kann man aufgrund seiner Stellung als Stellvertretung der Verwaltung schlecht erwarten.» Daher wäre es am Gemeinderat, als Vertretung des Stimmvolks diese Verantwortung wahrzunehmen. Grüne und SP votierten, dass es uns Bürgerlichen bei unserer Initiative nur um eine Kürzung oder Streichung, niemals um eine Erhöhung gehen würde. Sie verwiesen auf die Aufgabenteilung zwischen Exekutive und Legislative. So lege der Gemeinderat auf Antrag des Stadtrates den finanziellen Rahmen fest, innerhalb dessen sich dieser bewegen könne. Diese Art der Geldausschüttung an Staatsangestellte ist weit entfernt von der Praxis in der Privatwirtschaft und muss von uns Bürgerlichen korrigiert werden. Die linksgrüne Ratsmehrheit war wieder einmal der Retter der linken Geldregen-Finanzpolitik des Ustermer Stadtrats und so wurde die Initiative mit 18:16 Stimmen abgelehnt.

Die SVP gibt dem Volk die Stimme

Ein weiteres Traktandum war der Projektierungskredit für die neue Entsorgungsstelle im Loorengbiet an der Peripherie der Stadt Uster. Sie soll neben der eigentlichen Entsorgung auch Platz für die Abteilung Soziales bzw. deren Werkstatt beinhalten. In dieser Einrichtung werden soziale Angebote für die Wiedereingliederung von Sozialhilfebedürftigen Menschen durchgeführt. Der Projektierungsantrag wurde mit

19:15 Stimmen gutgeheissen. Die Fraktionen SVP/EDU sowie FDP/Die Mitte und Paul Stopper von der BPU ergriffen das Behördenreferendum und geben damit dem Chef, den Bürgern von Uster, das letzte Wort im Rahmen einer kommenden Volksabstimmung.

Klassenkampf auf Kosten unserer Kinder

Vor der Gemeinderatsitzung fand eine Informationsveranstaltung für die Gemeinderäte vonseiten der Primarschulpräsidentin, Stadträtin Patricia Bernet (SP), statt. Sie erläuterte die Schulkinderverteilung auf die Schulhäuser bzw. Klassen mittels einer Software. Ziel sei es, allen Kindern die gleichen Chancen zu geben, indem schwache und starke Kinder, zumeist Migranten, mit hiesig aufgewachsenen und dadurch sprachlich nicht auf gleichem Niveau agierenden Kindern bunt gemischt werden. Dies ist eine klar sozialistische Absicht, um den Klassenkampf zu führen. Gutbürgerliche Bürger, welche sich ein erhabenes Quartier als ihr Domizil in Uster aussuchen und davon ausgehen, dass ihre Kinder mit ähnlich situierten Kindern in die Schule gehen und in den Genuss von qualitativer Bildung kommen, werden dieses Gedankens beraubt. Die Bildung ist ein zu wichtiges Gut – als SVP sind wir auch hier gefordert, den Sozialismus nicht nur zu bremsen, sondern zurückzudrängen. Sprechen Sie in Ihrem Umfeld von all diesen Dingen, die falsch laufen, rütteln Sie die Gesellschaft auf; in einem Jahr sind kommunale Wahlen in Uster. Die sozialistischen Umverteiler sind nur zu besiegen, wenn wir Bürgerlichen wieder die Mehrheit haben – und das bedeutet harte Arbeit. Wie heisst es in der Bibel: «Durch grosse Faulheit verfällt der Bau und durch Müssiggang der Hände verfällt das Haus.» Seien wir fleissig, kämpfen wir für unsere Werte!



Einmal mehr betreibt die Linke Klassenkampf auf dem Rücken unserer Schulkinder. Bild: Adobe Stock

STADT ZÜRICH: TOTALREVISION DER ENTSCHÄDIGUNGSVERORDNUNG

Kein Platz für Berufspolitiker

Die SVP setzt sich seit jeher für eine Politik ein, die sich am Wohle des Volkes orientiert. Politisches Engagement darf nicht einem selbst, sondern muss der Lebensqualität der Bevölkerung gelten – egoistische Machtspiele und Selbstbereicherung sind abzulehnen.



Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich

Der Gemeinderat der Stadt Zürich ist ein Milizparlament. Das Milizsystem basiert auf freiwilligem Engagement und der Bereitschaft, einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Entsprechend üben die Mitglieder ihr Amt nebenberuflich aus und erhalten keine Löhne, sondern lediglich eine Entschädigung für die Teilnahme an Sitzungen. Politikerinnen und Politiker von SP, Grünen, GLP, Die Mitte/EVP und AL planen jedoch, sich im Stadtparlament selbst die Entschädigungen drastisch zu erhöhen – ein schamloser Griff in die Stadtkasse.

Was ist geplant?

Bei der Überarbeitung der Entschädigungsverordnung orientierte sich der Gemeinderat an den Bezügen des Zürcher Kantonsrates, die 2020 angepasst wurden. Mitglieder des Kantonsrates erhalten seither durchschnittlich 30 000 Franken pro Jahr. Die wichtigsten Änderungen der Entschädigungsverordnung, über welche am 9. Februar 2025 abgestimmt wird, belaufen sich auf folgende Punkte:

- Einheitliche Grundentschädigung**
Die bisherige monatliche Spesenentschädigung von 260 Franken soll durch eine fixe Grundentschädigung in Höhe von 1000 Franken ersetzt werden.
- Neue Regelung der Sitzungsgelder**
Sitzungsgelder werden zukünftig auf Minutenbasis berechnet. Für Ratssitzungen sind 1.20 Franken pro Minute vorgesehen, wobei ein Mindestbetrag von 108 Franken garantiert wird. Dies ersetzt die bisherige Regelung von 130 Franken für Sitzungen bis zu zwei Stunden Dauer, zu der 30 Franken für jede weitere halbe Stunde hinzukamen.
Bei Kommissionssitzungen wird ein Satz von zwei Franken pro Minute angewendet. Dabei gilt ein Mindestbetrag von 180 Franken für reguläre Sitzungen und 40 Franken für Kurz Sitzungen (unter einer Stunde), die direkt vor oder nach einer Ratssitzung stattfinden.
- Integration in die berufliche Vorsorge**
Um Rentenlücken durch reduzierte Arbeitspensen zu vermeiden, soll die Ratsarbeit zukünftig in die berufliche Vorsorge einbezogen werden.

Es ist davon auszugehen, dass sich die Gesamtsumme der Entschädigungen am Ende beinahe verdoppelt. Das Ziel von Mittelinks ist offensichtlich: noch mehr

unsinnige Vorstösse einreichen, zu denen in den Sitzungen endlose Voten gehalten werden, um sich das Portemonnaie zu füllen und die eigenen Vorteile zu maximieren.

Warum die SVP NEIN sagt

Die SVP lehnt die Totalrevision der Entschädigungsverordnung aus diversen Gründen ab:

- Untergrabung des Milizsystems**
Die Schweiz ist stolz auf ihr Milizsystem. Die geplante Revision würde dieses de facto in Richtung Berufspolitik verändern, da finanzielle Anreize die Motivation für ein politisches Engagement dominieren könnten. Die bereits auf nationaler Ebene zu beobachtende Entwicklung zu Berufspolitikern würde somit weiter befeuert – ein Trend, den die SVP entschieden ablehnt, denn Politik darf nicht zum Mittel der Selbstbereicherung verkommen. Diese Entwicklung widerspricht dem Grundgedanken des Milizsystems, bei dem die politische Arbeit aus freiwilliger Motivation erfolgt.
- Dreister Griff in die Stadtkasse**
Während der Mittelstand in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unter abnehmender Kaufkraft leidet, gönnen sich Politiker der Mittellinks-Mehrheit eine massive Erhöhung ihrer eigenen Bezüge. Dies ist ein Affront gegenüber den Steuerzahlern und

zeigt, wie weit sich diese Parteien von den realen Sorgen der Bevölkerung entfernt haben.

- Fehlende soziale Differenzierung**
Die Revision ignoriert wichtige Aspekte wie die Berücksichtigung von Betreuungskosten und Krankentaggeldern, die in der ursprünglichen Vorlage enthalten waren. Damit wird ein sozialer Ausgleich vernachlässigt und die geplanten pauschalen Erhöhungen kommen vor allem jenen zugute, die solche Unterstützung gar nicht benötigen.
- Teuerung als Vorwand**
Dass über eine moderate Anpassung der Entschädigungen aufgrund der gestiegenen Arbeitslast und der Teuerung eine Diskussion geführt wird, lehnt die SVP nicht per se ab. Eine Verdoppelung der Entschädigungen geht jedoch weit über das Ziel hinaus.

Ein fragwürdiges Vorgehen

Dass die Mittelinks-Parteien plötzlich selbst das Parlamentsreferendum ergriffen haben, nachdem die SVP das

Volksreferendum angekündigt hatte, zeigt, dass diese Parteien offenbar nicht einmal zu ihren eigenen Entscheidungen stehen. Dieses Vorgehen ist nichts anderes als ein taktisches Manöver, um sich politisch aus der Verantwortung zu ziehen.

Unsere Forderung: Stopp der Selbstbedienungsmentalität
Die SVP steht für eine Politik der Vernunft, die den Bürgerinnen und Bürgern dient. Die geplante Totalrevision der Entschädigungsverordnung hingegen ist ein Paradebeispiel für die abgehobene Selbstbedienungsmentalität von Mittelinks-Politikern. Wer dies verhindern möchte, hat am 9. Februar 2025 die Möglichkeit, ein klares Signal gegen Selbstbereicherung und eine weitere Aufblähung der Bürokratie zu senden. Mit einem NEIN zur Totalrevision bekennen wir uns zum Erhalt des bewährten Milizsystems und setzen ein Zeichen für einen verantwortungsvollen und fairen Umgang von Steuergeldern und eine Politik im Interesse der Menschen.

SVP KÜSNACHT

Viele Besucher im Schützenhaus

An der kürzlich stattgefundenen Parteiversammlung im Schützenhaus in Küsnacht standen viele Traktanden auf dem Programm.

Nationalrat Gregor Rutz hielt ein Referat mit den aktuellen Themen aus Bundesbern. Gerade in den Asylthemen konnten wir im vergangenen Jahr einige Erfolge verbuchen, wo uns auch die Mitte und FDP unterstützten. Ausserdem erwähnte er Themen aus der Verkehrspolitik und Beispiele aus dem Medienwesen aus der Kommission für Verkehr

und Fernmeldewesen KVF. Nationalrätin Nina Fehr Düsel lud zu einem Ausflug im März ins Bundeshaus mit Besuch auf der Tribüne ein. Die kantonale Delegiertenversammlung der SVP wird im Juli in Küsnacht stattfinden; dies war ebenfalls ein spannendes Traktandum.

SVP Küsnacht



v.l.n.r.: York-Peter Meyer, Vizepräsident der SVP Küsnacht; Nationalrätin Nina Fehr Düsel; Nationalrat Gregor Rutz.
Bild: SVP Küsnacht

SVP HETTLINGEN

Geselliges Jassen zum Jahresauftakt

64 Jasserinnen und Jasser trafen sich am 24. Januar in Hettlingen zum traditionellen Jassturnier, durchgeführt von der SVP Hettlingen und der SVP Bezirk Winterthur.

Kantonsrätin Ruth Büchi als Turnierverantwortliche konnte dank der Unterstützung vieler Sponsoren eine grosse Auswahl an Preisen präsentieren, was die Jassbegeisterten, darunter auch Nationalrat Martin Hübscher und die Kantonsräte René Isler und Pierre Dalcher, zusätzlich anspornte. Im Vordergrund stand natürlich die Geselligkeit und Freude am Jassen.

Für das leibliche Wohl sorgte die SVP Hettlingen. Das Serviceteam wurde durch die Bezirksrichter Martin Stos-

berg und David Siegwart sowie die Kantonsräte Tobias Weidmann und Urs Wegmann unterstützt.
Nachdem alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre 48 Spiele beendet hatten, durften sie entsprechend der Rangierung ihren Preis aussuchen. Nachfolgend die ersten zehn Rangierten:

Urs Wegmann,
Kantonsrat SVP,
Neftenbach

Top Ten der Rangliste:			Punkte
1	Bertschi	Vreni	4512
2	Zäch	Claudio	4270
3	Germann	Jakob	4190
4	Gnädinger	Ernst	4137
5	Strasser	Vreni	4115
6	Kunz	Therese	4071
7	Wepfer	Hansjörg	4043
8	Hagenbucher	Albert	4039
9	Albrecht	Ernst	4022
10	Dalcher	Pierre	3993

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf/Dänikon-Hüttikon
Freitag, 7. März 2025, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Schützenhaus, Dänikon, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Bezirk Dietikon/Dietikon
Freitag, 31. Januar 2025, 18.30 Uhr, Raclette-Abend, Clubhaus Reitgesellschaft an der Limmat, Spreitenbacherstrasse, Dietikon, mit Nationalrat Gregor Rutz und alt Bundesrat Ueli Maurer. Kosten: 40 Franken (ohne Getränke). Anmeldung unter rochus.burtscher@bluewin.ch.

Bezirk Hinwil/Wetzikon
Samstag, 1. Februar 2025, 09.00 – 13.00 Uhr, Standaktion, vor dem Oberland Märt, Wetzikon.

Bezirk Winterthur/Turbenthal
Freitag, 7. Februar 2025, 18.30 Uhr, SVP-Metzgete, Armbrustschützenhaus, Turbenthal, mit Regierungsrat Ernst Stocker und alt Bundesrat Ueli Maurer. Reservationen bei Marcel Bischof unter 077 535 20 98.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 1. Februar 2025, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Neue Normalität?

21.01.2025, Bönigen (BE)

Asyl-Migranten verüben 2 Einbrüche und 2 Einbruchversuche - Polizei verhaftet 3 Marokkaner und lässt sie wenig später wieder frei

Quelle: 20 Min, 21.01.2025

24.01.2025, Thun (BE)

Die 3 marokkanischen Einbrecher, die 2 Tage vorher mehrere Einbrüche verübt haben, brachen nach ersten Erkenntnissen der Polizei erneut in mehrere Liegenschaften ein

Quelle: 20 Min, 24.01.2025

24.01.2025, Schenkon (LU)

Feiger Überfall durch Asyl-Migrant auf Seniorin - 21-jähriger Algerier greift 66-jährige Frau mit Pfefferspray an, um sie auszurauben

Quelle: Luzerner Polizei, 27.01.2025

25.01.2025, Basel-Stadt (BS)

Türke wird wegen Streit aus Bar geworfen - er kehrt kurze Zeit später zurück und feuert mit Schusswaffe auf Gäste

Quelle: Prime News, 25.01.2025

Jetzt Grenzschutz-Initiative unterschreiben!

www.grenzschutzinitiative.ch




40 Jahre Schwamedinger Lichtmess


1985 – 2025 mit alt Bundesrat Ueli Maurer


zum Thema «Warum muss die Schweiz neutral bleiben»

*** Begrüssung: Präsident SVP Zürich 12 Markus Weidmann Moderation: alt Gemeinderat Bruno Wohler Samstag, 1. Februar 2025 um 14.00 Uhr Ziegelhöhe Schwamendingen Die Besucher sind herzlich eingeladen zu einer feinen Suppe, Wurst und Brot. Wie freuen uns, Sie bei uns begrüssen zu dürfen.



Ihre SVP Zürich 12





IMPRESSUM

Zürcher Bauer

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). Jahresabonnement Online: Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. Insertionspreise: www.zbv.ch/zuercher-bauer. Abonnementsdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller. Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Veranstaltungsmeldungen: veranstaltungen@svp-zuerich.ch Layout: cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. Redaktion: SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. Abonnementsdienst: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Samstag, 8. Februar 2025, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 1. Februar 2025, 14.00 Uhr, Schwamedinger Lichtmess, Ziegelhöhe, oberhalb Restaurant Ziegelhütte, Hüttenkopfstrasse, Zürich-Schwamendingen, mit alt Bundesrat Ueli Maurer.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

SO STIMMEN SIE RICHTIG !

Volksabstimmung vom 9. Februar 2025

Eidgenössische Vorlage	
Volksinitiative vom 21. Februar 2023 «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)»	NEIN
Vorlage Stadt Zürich	
Entschädigungen des Gemeinderats (Totalrevision der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats), Parlamentsreferendum	NEIN
Bezirksratswahlen Stadt Zürich	
Jedidjah Bollag, Rechtsanwalt, Jahrgang 1981, SVP (bisher) Marita Hauenstein, Rechtsanwältin, Jahrgang 1973, GLP (bisher) Matyas Sagi-Kiss, Bachelor of Science (BSc), Jahrgang 1983, SP (bisher) Patrice Zumsteg, Rechtsanwalt, Jahrgang 1988, FDP (bisher)	
Wahlen Staatsanwaltschaft Stadt Zürich (Empfehlung der Interparteilichen Konferenz des Bezirks Zürich IPK)	
Marco Menger, FDP Thomas Grolimund, SP	

SVP-Metzgete

mit Alt-Bundesrat Ueli Maurer und Regierungsrat Ernst Stocker

Freitag, 7. Februar 2025, ab 18.30 Uhr

Armbrustschützenhaus Turbenthal

Gerne bedienen Sie unsere Kantons- und Nationalräte des Bezirks Winterthur-Land. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Reservationen werden gerne von Marcel Bischof unter 077 535 20 98 entgegengenommen.

SVP Sektion Turbenthal